

Leserbrief

Unzureichende Versorgung

Suizide

Zu: „Suizid-Bilanz: 91 oder mehr?“ vom 24. Februar:

Die Beurteilung der Suizid-fällen im Kreis Steinfurt verlangt Augenmaß und Realismus. Die Tatsache, dass die offiziellen Daten von Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik mit Sicherheit zu niedrig sind, ist nicht allein ein Problem für den Kreis Steinfurt. Eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe der Universität und der Westfälischen Klinik Münster, in der ich mitarbeite, hat die Todesbescheinigungen in mehreren Kommunen Westfalens gesichtet und auf die Übereinstimmung mit der amtlichen Diagnose hin bei Suizidfällen untersucht. Diese Studie, die im vergangenen Jahr im 'Deutschen Arzteblatt' veröffentlicht wurde, fand heraus, dass in einzelnen Kreisen die Dunkelziffer bei den Todesbescheinigungen bei über 25 Prozent liegt.

Die Differenz zwischen den Daten der Polizei und den Daten des Kreises ließe sich mit relativ geringem wissenschaftlichen Aufwand überprüfen, um zu einer realistischen Einschätzung zu kommen. Eine solche realistische Einschätzung ist nicht nur von allgemeinem Interesse, sondern eine notwendige Voraussetzung, um den Erfolg von Präventionsmaßnahmen wie dem angestrebten Bündnis gegen Depression bewerten zu können. Wenn etwa eine zu niedrige Zahl als – falsche – Ausgangsbasis genommen wird, kann möglicherweise kein messbarer Effekt registriert werden. Allerdings dürfen auch bei den Bündnissen

gegen Depression die Erwartungen nicht zu hoch geschraubt werden. In der Modellregion Nürnberg, in der das dortige lokale Bündnis mit erheblichen finanziellen Mitteln unterstützt wurde, konnten zwar die Suizidhandlungen gesenkt, bei den tatsächlich vollendeten Suiziden konnte jedoch kein Effekt nachgewiesen werden.

Dennoch ist das Bündnis gegen Depression eine lohnenswerte Initiative, mit der mehr Aufmerksamkeit in der Bevölkerung und in der psychosozialen Versorgung auf diese nach wie vor unterschätzte Krankheit gerichtet werden kann. Dass die fachärztliche Versorgung im Kreis Steinfurt optimal ist, davon kann nämlich trotz gegenteiliger Bewertung von offizieller Seite nicht die Rede sein. Über die kinder- und jugendpsychiatrische Betreuung wird schon länger kritisch diskutiert, aber auch bei den Erwachsenen kommt es aufgrund einer zu geringen Anzahl von Fachärzten in vielen Gemeinden vor, dass auf einen Termin bei einem niedergelassenen Psychiater mehrere Wochen gewartet werden muss. Eine kurze Wartezeit ist jedoch ein ganz entscheidender Faktor für die Aufnahme einer psychiatrischen Behandlung durch betroffene Bürger. Und schließlich muss festgestellt werden, dass für die große Gruppe von alkoholabhängigen Menschen, die bekanntlich ein besonders hohes Suizidrisiko hat, die ambulante Versorgung absolut unzureichend ist.

Dr. Dirk Richter
Nachtigallenweg 37
49536 Liemen-Kattenvenne

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, mit der sich die Redaktion nicht immer identifiziert. Diese behält sich Kürzungen vor. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht. Ihre Meinung erreicht uns am schnellsten per E-Mail, die Sie an redaktion.bur@westfaelische-nachrichten.de schicken.